

Informationsdienst der Plattform EduCare

Von: Johannes-Maria Lex [johannes-maria.lex@aon.at]
Gesendet: Donnerstag, 06. Jänner 2011 13:52
An: gisela.wurm@spoe.at
Cc: 'Bettina Wachter'; 'Gabriele Bäck'; 'Grete Miklin'; 'Hartmann Ingeborg'; 'Heidemarie Lex-Nalis'; 'INFORMATIONSDIENST'; 'Keller Raphaela'; 'Kneidinger Lisa'; 'Marek-Baudisch Katharina, Plattform EcuCare'; 'Morawek Christian'; 'Petrovitsch Dagmar'; 'Prammer Heidi, Plattform EduCare'; 'Rammer Gernot'; 'Riha Monika'; 'Täuber Tanja Mag.a'; 'Zielina Brigitte Dr.in'
Betreff: Ihre Forderung in Nationalrat nach gesetzlichen Mindeststandards für die Kinderbetreuung

Sehr geehrte Frau Abgeordnete zum Nationalrat Mag.^a Wurm!

Mit Freude entnehme ich einer APA-Aussendung, dass Sie als SPÖ-Frauen- und Gleichberechtigungssprecherin im Nationalrat „gesetzliche Mindeststandards für die Kinderbetreuung“ – in allen Bundesländern gleich - gefordert haben.

Ich und viele andere Mitglieder und MultiplikatorInnen der Plattform EduCare haben an Frau Nationalatspräsidentin Prammer und deren Stellvertreter, an die Damen und Herren Klubobleute der Parlamentsparteien sowie an die zuständigen MinisterInnen der Bundesregierung ein Schreiben gerichtet, dessen Inhalt kurz mit: ["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#) umschrieben werden kann.

Dieses Schreiben ist auch an Sie, wie an alle Frauen im Österreichischen Nationalrat, ergangen.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau **Parlamentspräsidentin**, die Klubobleute von **SPÖ, ÖVP und BZÖ**, die angeschriebenen **Frauen im Österreichischen Nationalrat** negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Wir wissen, dass seitens der SPÖ bereits einmal ein entsprechender Initiativantrag im Nationalrat gestellt worden ist – und in die Gremien verwiesen wurde (wie auch ein fast gleich lautender Antrag der GRÜNEN).

Was hält Sie, sehr verehrte Frau Abgeordnete, ab, uns wenigstens zurückzuschreiben ?

Was hält Sie davon ab, im Nationalrat mit Ihrer Fraktion – oder noch besser: im Namen der SPÖ- und ÖVP-Mehrheit bzw. sogar als überparteilichen Antrag von im Nationalrat vertretenen Frauen - entsprechende Initiativen zu setzen?

Verzeihen Sie, aber ich fühle mich gefrotzelt! Und mit mir sicherlich der Großteil der etwa 140 E-Mail-Schreiberinnen und -Schreiber.

Was wollen Sie als unsere gewählte Vertreterin damit ausdrücken?

Wollen Sie uns für dumm verkaufen? Fehlt Ihnen das Gespür, zu erkennen, dass so nur Frust erzeugt wird?

Meinen Sie, wir spüren nicht, dass Sie uns offensichtlich nicht ernst nehmen?

Sind Sie davon überzeugt, dass mit solchen Vorgehensweisen dem so bejammerten Stimmenzulauf zur FPÖ Einhalt geboten werden kann?

Ich würde mich freuen, wenigstens von Ihnen eine Antwort zu erhalten, die nicht auf bereits Erreichtes – über das wir uns freuen! – verweist und auf die Zukunft vertröstet, weil die wirtschaftlichen/politischen Gegebenheiten nichts anderes zulassen... Gerne werde ich Ihre Antwort auch an die Kolleginnen und Kollegen im Elementarbildungsbereich weiterleiten. Ihre potentiellen Wähler.

Es grüßt Sie mit freundlichen Grüßen ein derzeit äußerst frustrierter Wähler

Johannes-Maria Lex

P.S.: Eine Kopie dieses Schreibens ergeht an die Damen und Herren der Steuergruppe der Plattform EduCare (<http://www.Plattform-EduCare.org>) und an die mir bekannten KollegInnen, die sich bisher an der E-Mail-Aktion beteiligt haben.

Nationalrat - Wurm fordert gesetzliche Mindeststandards für Kinderbetreuung

Utl.: Frauen brauchen ein Einkommen zum Auskommen =

Wien (OTS/SK) - Frauen, Familien und Eltern wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, alles andere ist von vorgestern. Das sagte SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gisela Wurm am Mittwoch im Nationalrat. Die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen wie das einkommensabhängige Kindergeld gehen in die richtige Richtung, dennoch würden noch zu wenige Männer das Kindergeld in Anspruch nehmen. "Es scheitert derzeit noch am Bewusstsein. Die Sozialpartner müssen bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen, damit wir auf europäisches Niveau kommen", so die SPÖ-Frauensprecherin. ****

Wurm zeigte sich erfreut, dass in diesem Jahr erstmals seit langer Zeit die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern zusammengeht und die Lohnunterschiede geringer werden. Die Einkommenstransparenz werde

ab nächstem Jahr zu weiteren Schritten in Richtung Einkommensgerechtigkeit führen. Es sei wichtig für Frauen, dass sie nicht nur arbeiten gehen können und es qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen für Kinder gibt, sondern dass sie auch entsprechend verdienen, betonte Wurm. "Frauen brauchen ein Einkommen, mit dem sie auch auskommen." Was die **Kinderbetreuung** in den Bundesländern betrifft, plädierte die SPÖ-Frauensprecherin für gesetzlich einheitliche Mindeststandards. (Schluss) pl/up/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***